

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,50 RM. zuzüglich Postgebühren. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofstraße 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die neugegründete Beilage kostet 25 Pfennig, die Reflektierte 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briefe, Lehnitz, Stolpe
Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005



für Bergfelde, Schönfließ Frohnau, Summt und Umgegend
Selegn.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Nr. 64

Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005

Sonntag, den 23. April 1933

Verlagsort: Berlin 62 448

32. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Sitzungsanladung.
Zur Beratung der hierunter angegebenen Tagesordnung werden die Mitglieder der Gemeindevertretung hiermit zu einer Sitzung auf Mittwoch, den 26. April 1933, abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit an die gestellten Beschlüsse gebunden sind.

- Tagesordnung:**
15. Beantwortung der Anfragen der NSDAP-Fraktion.
 - Anträge der NSDAP-Fraktion betreffend:
 16. Anschluß an das Groß-Berliner Fernsprechnetz.
 17. Wiedererrichtung der wöchentlichen Ausgabe der Wohlfahrtsunterstützungen.
 18. Elektrizität- und Wasserwerk.
 19. Belegung und Entlohnung des Krankenheimes.
 20. Entbindung der Beamten und Angestellten der Gemeinde von ihrer Schweigepflicht vor dem Untersuchungsausschuß.

Im Kreise Niederbarnim besteht seit dem 1. Januar 1906 als besondere Kreisverteilung ein Verband, der die einheitliche Durchführung einer regelmäßigen Reinigung der Abfallanlagen durch öffentliche Sauberheitsabteilungen bezweckt. Dermalen von dem Kreisvorsitzenden und beratend auf freiwilliger Mitgliedschaft, hat der Verband sich als eine gern gezeichnete Einrichtung im Kreise bestens bewährt.

Das Eintrittsgeld beträgt 1 RM.; der Jahresbeitrag für jede Abfallanlage, ohne Rücksicht auf ihre Ausdehnung, ist ab 1. Januar 1932 auf 7.— RM. und für jede weitere, demselben Vorzugs in derselben Gegend gehörende Anlage auf 3,50 RM. herabgesetzt worden. Bisher 7,50 RM. und 4.— RM.. Hierfür erfolgt alljährlich in der Zeit vom 1. bis 15. 6. eine technische Untersuchung, deren Ergebnis den Mitgliedern schriftlich mitgeteilt wird.

Die Untersuchungen werden seit dem Bestehen des Verbandes von der bewährten Firma Kirchhoff, Berlin-Reichenow, vorgenommen, die aber Spezialkenntnisse verliert, welche in langjähriger Praxis vorgebildet sind und von Spezialmonteuren unterstellt werden. Die Verbandmitglieder haben gegen die Firma, daß die Untersuchungen in einwandfreier Weise durch erprobte Fachleute stattfinden.

Für notwendige Reparaturen, deren Kosten die Mitglieder zu tragen haben, steht ihnen die Firma Kirchhoff zur Verfügung; es besteht den Mitgliedern jedoch unbenommen, eine andere Firma mit der Ausführung zu beauftragen.

Da als Inhalt des Verbandes die möglichste Feuericherheit angestrebt wird, so ist es im Interesse der Allgemeinheit zu begründen, wenn diejenigen Häuser von Abfallanlagen, die dem Verband noch fernbleiben, sich im anschließenden Jahren der geringe Jahresbeitrag kann im Hinblick auf den Gefahrenschutz nicht ins Gewicht fallen. Dies gilt auch für Anlagen, soweit hierfür eigene Stangen und Rohrleitungen verwendet worden sind, die wie Abfallanlagen zu betrachten sind und deshalb eine große Gefahr für Bewohnereinrichtungen bilden. Diese Anlagenpunkte bedürfen einer sachgemäßen Abfallabgabe und einer regelmäßigen Untersuchung in Bezug auf deren Sicherheit.

Die Gebühren und Vorkosten für Beitrittserklärungen werden auf Wunsch von dem Kreisvorsitzenden überfandt, auch wird dort jede weitere Auskunft in der Angelegenheit erteilt.

Zur Reinigung des Bürgersteiges und der Gasse des Hauptdamms sind nach den ortsfestgelegten Bestimmungen die Eigentümer der angrenzenden, innerhalb der gestellten Ortsgrenze liegenden Grundstücke in dem polizeimäßig vorgeschriebenen Umfang laufend verpflichtet.

Birkenwerder, den 22. April 1933.

Der Gemeindevorsteher. Blank

Hohen Neuendorf.

Der stellv. Gemeindevorsteher macht bekannt:
Fliegenplagge anlässlich der Kämpfe um die Deutsche Waldlaufmeisterschaft.

Die Hohen Neuendorfer Einwohnerschaft bitte ich, zu Ehren der Turner, Sportler und Gäste von Sonnabend mittig bis Sonntag abend Fliegenplagge anzulegen.

Die rene Preußen-Regierung

Die ersten Minister ernannt.

Berlin, 22. April.

Nachdem der Herr Reichszentralrat durch Telegramm vom 11. April 1933 den Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Hermann Göring, zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt hatte, hat der Herr Reichszentralrat am Freitagabend folgende preußische Staatsminister ernannt:

Den Ministerpräsidenten Hermann Göring gleichzeitig zum Minister des Innern, den Kommissar des Reiches für das preußische Finanzministerium Popitz zum Finanzminister, den Kommissar des Reiches für das preußische Justizministerium Frenkel zum Justizminister, sowie den Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, A. H. S., zum Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Wegen der Belegung der preußischen Ministerien für Wirtschaft und Arbeit sowie für Landwirtschaft, Domänen und Forsten schweben zwischen dem Ministerpräsidenten Göring und dem Reichsminister Hugenberg, der diese Portfolios bisher als Kommissar des Reiches verwaltet, noch Verhandlungen.

Der Kampf um den Dollar

Kontrollierte Inflation — Bimetallismus

Washington, 22. April.

Das amerikanische Schahamt veröffentlicht die Verordnung des Präsidenten Roosevelt, in der die Ausfuhr von Gold im allgemeinen verboten und das Schahamt zur Regelung der Devisenfurte ermächtigt wird. Die Bereitstellung von Gold für ausländische Rechnung (cartmarketing) und die Ausfuhr von gemünztem oder Barrengold sowie von Goldzertifikaten sind verboten. Jedoch kann das Schahamt Ausfuhrerlaubnisse für Gold erteilen, das für eine von den Vereinigten Staaten anerkannte ausländische Regierung, eine ausländische Zentralbank oder die BIZ, bereitgestellt bzw. deponiert ist. Auch die Ausfuhr von Gold, das zum Zweck der Wiederausfuhr eingeführt wurde, kann genehmigt werden.

Die von der amerikanischen Regierung geplanten Währungsmaßnahmen sehen eine Emission von Papiergeld bis zum Betrag von 3 Milliarden Dollar vor.

Der frühere Schahsekretär McAdoo brachte im Senat einen Gesetzentwurf ein, der eine Erweiterung des Papiergeldumlaufes um 8 Milliarden Dollar vorschlügt. Diese Vergrößerung des Zahlungsmittelumlaufes soll die Tilgung der kurzfristigen Regierungsschulden im Laufe der nächsten fünf Jahre ermöglichen. Im Repräsentantenhaus wurde von Goldborough ein Gesetzentwurf eingebracht, nach dem der Wert einer Unze Feinsilber auf 36,17 Dollar festgesetzt werden soll.

Die Festsetzung dieser Wertelation würde einer Herabsetzung des Feingoldwertes des Dollar um 43 Prozent gleichkommen. Durch entsprechende Manipulationen soll eine mittlere Kaufkraft des Dollar auf einer Höhe erreicht werden, die dem Durchschnitt des Jahres 1926 entspricht.

Die Frage der Weltwirtschaftskontinenz

Staatssekretär Hull lehnt die Auffassung ab, daß das Abgeben von der Goldwährung einen Einfluß auf die kommenden internationalen Verhandlungen haben würde. Er erklärte, die Lage sei gegenwärtig nicht ausreichend geklärt, um Propektionen wagen zu können. Aus diesem Grunde könne auch nicht gesagt werden, welche Form für die Liquidation der Kriegsschulden schließlich gefunden werden dürfte. Jedenfalls strebe die amerikanische Regierung danach, daß alle Währungen, die im Weltmarkt eine Rolle spielen, baldig stabilisiert würden.

Im Weissen Hause wurde mitgeteilt, daß Präsident Roosevelt zusammen mit dem Schahminister und Fraktionsführer der Demokratischen Partei, Senator Robinson, einen Gesetzentwurf ausarbeite, der den Präsidenten zur Ausgabe von Banknoten ermächtigt, die teils durch Gold, teils durch Silber gedeckt werden sollen. Man habe, so wurde weiter mitgeteilt, dem Drängen des Kongresses nachgegeben und den Bimetallismus zugelassen. Ein „wildes Druden ungedecktes Papiergeldes“ werde jedoch abgelehnt. Der Entwurf zu dem Gesetz habe jedoch noch keine endgültige Fassung, da erst noch geprüft werden müsse, ob die Verfassung eine derartige Ermächtigung zulasse.

Deutschlands Standpunkt

Ueber die Beurteilung der Währungsereignisse in den Vereinigten Staaten von Amerika war am zuständigen deutschen Stelle folgendes erklärt: Mangels Vorliegens genauerer Nachrichten über die Vorgänge in den Vereinigten Staaten ist es zurzeit nicht möglich, sich den Absichten, die die amerikanische Regierung in ihrer Währungspolitik verfolgt, ein genaues Bild zu machen. Man wird annehmen müssen, daß es sich bei den jetzigen amerikanischen Maßnahmen nicht um eine von internationalen Handels- und Kapitalbewegungen erzwungene, sondern zu bestimmten Zwecken gewollte Aktion handelt.

Die Rückwirkungen, die diese Ereignisse auf Deutschland haben können, sind doppelter Natur: 1. Wenn eine dauernde Umwertung des Dollars mit diesen Maßnahmen bezweckt sein sollte, so greift damit das von England eingeleitete valutarische Exportdumping zum Nachteil der deutschen Exportindustrie und damit der deutschen Zahlungsfähigkeit weiter um sich. Zweitens eine andere Wirkung dagegen würde für Deutschland einen relativen Vorteil bringen, da Deutschland sehr stark im Dollar verschuldet ist, es würde seine Schulden durch Aufbringung eines geringeren Gegenwertes abtragen können. Hieran dürften etwa auch etwaige Geldklauseln in den Schuldverträgen nichts ändern, da ein Rechtsstandpunkt sich schwer vertreten läßt, der einem Land zugestehen wollte, den Goldwert seiner Verpflichtungen durch gesetzgeberischen Akt herabzusetzen, gleichzeitig aber den Goldwert seiner Forderungen aufrecht zu erhalten.

Wird Deutschland deshalb einerseits über seine Exportfähigkeit wachen müssen, so kann das amerikanische Vorgehen andererseits doch nicht etwa zu einer ähnlichen Währungspolitik in Deutschland Veranlassung geben. Vielmehr

wird der Leistung der deutschen Währungspolitik der Grundlag bleiben müssen, den der Reichsbankpräsident in der letzten Generalversammlung der Reichsbank ausgesprochen hat:

„Unsere Sparer sollen wissen, daß die Reichsbank als unerhöfliche Macht auf dem Posten ist, wenn es gilt, dem schaffenden und sparenden deutschen Volk das Geschäftene und Ersparte zu erhalten.“

Erholung des Dollarkurses

New York, 22. April.

Im Verlauf der gestrigen Börse war eine Erholung des Dollarkurses zu beobachten. Bei Eröffnung der Börse notierte das Pfund mit 3,90 1/2, um im Verlauf bis zu 3,73 1/2 nachzugeben. Am Börsenschluß lag das Pfund mit 3,79 1/2 wieder etwas fester, jedoch noch immer unter dem Vortags-Schlußkurs von 3,84 1/2.

MacDonald begrüßt USA

New York, 22. April.

Bei seiner Ankunft hielt MacDonald nach seiner Begrüßung durch das städtische Empfangskomitee eine auf ganz Nordamerika gefahrene Rundfunkansprache, worin er erklärte, die gesamte alte Welt führe Krieg mit der Wirtschaftskontinenz; heute komme er, um mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten den Feldzug gegen unerbittliche Not zu bejahren. Er komme in demselben Geist nachbarlicher Zusammenarbeit wie das letzte Mal.

MacDonald, der bald nach seiner Ankunft in New York mit einem Sonderzuge nach Washington fuhr, übergab eine schriftliche Erklärung an die Vertreter der Presse.

Er betonte, daß die Aufgabe der Goldwährung durch die Vereinigten Staaten in seiner Weise England berühre. Die Maßnahmen der amerikanischen Regierung trügen nach seiner Ansicht nur dazu bei, die Notlage der Welt in schärferem Lichte erscheinen zu lassen.

Wenn bei der Kürze der Zeit von dem Währungsaustrausch mit Präsident Roosevelt auch keine endgültigen Ermahnungen zu erwarten seien, so müßte es doch wenigstens gelingen, einem gemeinsamen Handeln den Weg zu ebnen.

Dr. Luther bei Roosevelt

Washington, 22. April.

Botschafter Dr. Luther wurde von Präsident Roosevelt zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

Anschließend empfing Luther die amerikanische Presse in der deutschen Botschaft. Bei diesem Empfang betonte er, daß Deutschland eine nationale Revolution durchmache, das äußere Leben jedoch trotz dieser Revolution ruhig und geordnet verlaufe. Mit großer Mehrheit habe sich das deutsche Volk für die jetzige Reichsregierung entschieden, genau so wie auch in Amerika das Volk bei Wahlen darüber entscheide, wer regieren solle. Reichszentralrat Hitlers Programm sei aufgebaut auf dem Mandat der Mehrheit des deutschen Volkes, und deswegen herrsche in Deutschland auch Zufriedenheit und Aufrichtigkeit.

MacDonald in Washington

Premierminister MacDonald nahm gestern abend als Gast des Präsidenten und seiner Gattin an einem privaten Diner im Weissen Hause teil. Präsident Roosevelt wird MacDonald am Sonntag zu einer Fahrt auf dem Potomac an Bord des Kreuzers „Sequoia“ einladen. In dieser Fahrt wird nur die nächste Umgebung des englischen Premierministers teilnehmen. Roosevelt wird keine Fachberater bei sich haben.

Aus Anlaß des Beginns der Unterredungen mit MacDonald richtete Staatssekretär Hull noch einmal einen Appell an alle Regierungen, in dem er sie aufforderte, an der Niederlegung der internationalen Handelsverhältnisse größtenteils mitzuarbeiten. Ein zweiter, aber nicht minder wichtiger Stelle der Verhandlungen stehe die Stabilisierung der internationalen Währungen.

Änderung der Kirchenverfassung

Berlin, 22. April.

Der Kirchenrat der Altpreußischen evangelischen Kirche hat einen kleinen Kreis von bevollmächtigten Männern ernannt, der die bereits in Angriff genommene erforderliche Änderung der bestehenden Kirchenverfassung mit Beschleunigung erledigen soll.

Der bevollmächtigte Ausschuss wird zu diesen Arbeiten auch einige den kirchlichen Organen nicht angehörende Männer heranziehen. Das Ergebnis seiner übrigen Beratungen hat der Kirchenrat in einer Erklärung zusammengefaßt, in der er u. a. den Vorwurf mangelnden oder lauen Eintretens für vaterländische Notwendigkeiten mit Entschiedenheit zurückweist.